

Wissenschaft stärken, um die Zukunft zu sichern Positionspapier von BR50 anlässlich der Wahlen 2021

Berlin verfügt über eine einzigartige Vielfalt und räumliche Dichte an Forschungseinrichtungen. Gerade auch die außeruniversitäre Forschungslandschaft der Hauptstadt ist in ihrer Vielzahl und Exzellenz an Institutionen umfassend und thematisch breit aufgestellt. Gemeinsam mit den in der Berlin University Alliance (BUA) zusammengeschlossenen Universitäten sind die außeruniversitären Forschungseinrichtungen entscheidende Standortfaktoren für die Hauptstadt. Eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure und Disziplinen ist essentiell, um aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen – von der CO₂-neutralen Ausrichtung des Wirtschaftssystems über die Bekämpfung globaler Pandemien und ihrer Folgen, bis hin zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz angesichts verschiedenster Krisen. Um Berlin als Wissenschaftsmetropole und die Region Berlin-Brandenburg international sichtbar zu positionieren, gilt es, bereits bestehende Kooperationen zwischen den außeruniversitären Einrichtungen und mit den Universitäten, Hochschulen und der Charité zu intensivieren und die wichtige Rolle der Einstein Stiftung in der institutionenübergreifenden wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu stärken.

Diesen Zielen hat sich die im Frühjahr 2020 gegründete Initiative **Berlin Research 50 (BR50)** verschrieben. Sie bündelt die Kompetenzen und Interessen von mehr als 50 außeruniversitären Forschungseinrichtungen Berlins.

Die Attraktivität von Berlin und der Region Berlin-Brandenburg als Standort für die besten Köpfe – angefangen bei den Studierenden über den wissenschaftlichen Nachwuchs, bis hin zu Professor*innen sowie auch im Hinblick auf hochqualifizierte Fachkräfte für die Industrie- und Service-sektoren der Zukunft – hängt von einer engen Kooperation und dem reibungslosen Zusammenspiel der wissenschaftlichen Akteure der Region ab, den Universitäten, den Hochschulen, der Charité, den außeruniversitären Einrichtungen und Wissenschaftsorganisationen sowie den wissenschaftsnahen Unternehmen. Das vorhandene Potential wurde bereits sehr erfolgreich genutzt, wie nicht zuletzt die sieben gemeinsam eingeworbenen Exzellenzcluster bezeugen.

Der Berliner Senat hat sich in den vergangenen Jahren sehr für die Belange von Wissenschaft und Forschung in der Hauptstadt eingesetzt und somit eine entscheidende Weichenstellung vorgenommen. Dieses Engagement sollte fortgesetzt und intensiviert werden, um Berlins Wettbewerbsfähigkeit und Strahlkraft als internationale Wissenschaftsmetropole auszubauen und langfristig zu sichern. Zudem hat Berlin mit seiner wissenschaftlichen Vielfalt ein großes Potential, einen Beitrag zur Verwirklichung von Technologiesouveränität zu leisten und entsprechende Strategieprozesse auf Bundesebene anzustoßen. Dafür müssen jetzt Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die in BR50 versammelten Einrichtungen sehen dabei insbesondere die folgenden politischen Herausforderungen, die der künftige Senat auf Landesebene und im Rahmen seiner Einflussmöglichkeiten auf Bundesebene adressieren sollte:

Die besten Köpfe für die Metropolregion gewinnen

1. Gemeinsame Berufungen vereinfachen und fördern

Das Instrument der **Gemeinsamen Berufungen (S-Professuren)** ist ein wesentlicher Grund für den Erfolg des deutschen Wissenschaftssystems. Es begünstigt die Steigerung der wissenschaftlichen Exzellenz, die Entwicklung von regionalen Kompetenznetzwerken, die Rekrutierung internationaler Wissenschaftler*innen und die Nachwuchsförderung. Nicht nur weil sie zur Erreichung der Ziele des Pakts für Forschung und Innovation beitragen, sind Gemeinsame Berufungen von wissenschaftspolitischer Relevanz, vielmehr steigert die enge Verzahnung von außeruniversitärer Forschung und universitärer Lehre die Attraktivität einer Stadt und ihrer Universitäten für Studierende und den wissenschaftlichen Nachwuchs. Um das Potential dieser Synergieeffekte auszuschöpfen, bedarf diese besondere Art der Vernetzung Regelungen, die weder die beteiligten Akteure noch den Standort Berlin benachteiligen:

In Berlin zahlt die berufende Universität die **Versorgungsbezüge** für gemeinsam berufene Professor*innen. Die dafür von der außeruniversitären Forschungseinrichtung gezahlten Versorgungszuschläge in Höhe von i.d.R. 30 Prozent sind nach Erfahrung der Hochschulen nicht kostendeckend. **Es ist entscheidend, dass Berlin ein wettbewerbsfähiges Modell für gemeinsame Berufungen entwickelt, gekennzeichnet durch die Übernahme der Versorgungslasten durch das Land wie in allen anderen Bundesländern üblich.**

Derzeit nimmt eine Berufung in Berlin auf Grund der bürokratischen Anforderungen und Prozesse mindestens ein Jahr in Anspruch, was deutlich länger ist als in anderen Bundesländern. Dieser international nicht konkurrenzfähige Zustand stellt eine Herausforderung für Berlin als internationalen Spitzenstandort dar. Eine **Entbürokratisierung und Beschleunigung von Berufungsverfahren** ist dringend erforderlich und sollte im Dialog mit den beteiligten Akteuren, vertreten durch BR50 und BUA, entwickelt und umgesetzt werden. Eine erste Maßnahme wäre die kritische Evaluation der Notwendigkeit und zeitlichen Abfolge von Zwischenschritten.

Die **gemeinsam berufenen S-Professuren** tragen zu einer Vertiefung und Verbreiterung des Lehrangebots bei. Auch wenn S-Professuren ein stark reduziertes Lehrdeputat haben, ist dieses jedoch derzeit **kapazitätsrelevant**, d. h. zusätzliche S-Professuren führen häufig zu einer dauerhaften Erhöhung der aufzunehmenden Zahl an Studierenden in einem Fachbereich oder zu einem Wegfall von Lehre durch Strukturprofessuren. Damit wird das Potenzial von S-Professuren nicht ausgenutzt. Es wäre **ein wichtiger zusätzlicher Anreiz für eine engere Zusammenarbeit von Universitäten, Charité und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Land Berlin, wenn die gemeinsamen Professuren nicht kapazitätsrelevant wären und somit** in größerem Umfang an der Lehre teilhaben könnten.

2. Gleiche Rechte für Nachwuchsgruppenleitungen

Derzeit dürfen Nachwuchsgruppenleitungen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Betreuung von Promovierenden nicht in allen Bereichen der Berliner Universitäten eigenständig übernehmen. Diese Erfahrungen sind jedoch essentiell, um sich für eine Professur zu qualifizie-

ren. Die Anforderungen an und Verantwortung von Nachwuchsgruppenleitungen an den außer-universitären Einrichtungen stehen nicht hinter denen der Universitäten zurück. Zumal diese Positionen im Falle einer Drittmittelfinanzierung meist unabhängig evaluiert werden.

Die BR 50 hält es für wichtig, gemeinsam mit der BUA Wege zu identifizieren, die für Nachwuchsgruppenleitungen an außeruniversitären Einrichtungen in allen Disziplinen gleichermaßen Betreuungen von Promovierenden ermöglichen, einschließlich einer offiziellen Einbindung in die universitären Promotionsverfahren und -prüfungen. Dies gilt in ähnlicher Weise für gemeinsam berufene Professuren im sogenannten Jülicher Modell.

3. Internationale Vernetzung und Diversität als Standortfaktoren in einer globalen Wissenschaftsökonomie

Berlin ist ein internationaler Wissenschafts- und Forschungsstandort, dessen Attraktivität nicht zuletzt auch von der kulturellen Diversität und der Vielfalt der wissenschaftlichen Hintergründe der Forschenden abhängt. Als eine Leitstrategie Berlins ist die Internationalisierung im Hochschulgesetz verankert und die Umsetzung eine Querschnittsaufgabe aller am Forschungsbereich beteiligten Akteure. Die außeruniversitären Einrichtungen und die Hochschulen verfügen über selbstständigen Handlungsspielraum in diesem Bereich. Doch sie benötigen weiterhin die Unterstützung der Politik, damit Berlin im internationalen Raum wettbewerbsfähig bleibt und die Anwerbung von exzellenten Wissenschaftler*innen auf allen Karrierestufen aus dem Ausland gelingt.

Die BR 50 strebt an, **strukturierte Programme, wie z.B. das Einstein-Profil-Professuren-Programm zu nutzen und weiterzuentwickeln, um gemeinsam mit der BUA Spitzenberufungen für Berlin erfolgreich zu realisieren**. Die Einstein Stiftung kann dabei eine ermöglichende Rolle spielen. Ein besonderer Fokus sollte auf der Förderung von Diversität und Gleichstellung liegen. Hierzu gehört auch, Forschendenpaaren attraktive Angebote unterbreiten zu können (*Dual Career*).

Im Sinne der Nachwuchsförderung gilt es die **bilingualen/englischsprachigen Lehrangebote**, insbesondere im Bereich des Master- und Promotions-Studiums, deutlich auszubauen. Auch das Angebot von **Fast-Track PhD-Programmen**, die es ermöglichen direkt nach dem Bachelor mit der Vorbereitung des Promotionsvorhabens zu beginnen, muss ausgeweitet werden.

Berlin muss zudem auf Bundesebene darauf hinwirken, dass die **Vergabe von Visa für Wissenschaftler*innen aus dem Ausland erleichtert wird**. Dies gilt insbesondere für den wissenschaftlichen Nachwuchs auf Ebene von Promovierenden und Postdocs, gerade auch aus dem Globalen Süden.

Rahmenbedingungen für exzellente Forschung sichern

4. Besteuerung von Forschungsk Kooperationen behindert Wissenschaft

Das Bundesfinanzministerium (BMF) stellt fest, dass gemeinsame Berufungen und Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen **umsatzsteuerpflichtig** sind,

wenn ein Leistungsaustausch stattfindet. Dies treffe insbesondere für das weit verbreitete Berliner Modell zu, bei dem die Hochschule die*den Berufene*n gegen Erstattung der Personalkosten an die außeruniversitäre Forschungseinrichtung überlässt.

Neben der finanziellen Bedrohlichkeit generiert diese Feststellung bürokratische und administrative Hindernisse für die Universitäten und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen.¹ Ferner sorgt sie für Unsicherheiten in anderen Bereich der wissenschaftlichen Kooperation, die steuerlich relevant werden könnten, obwohl sie sich in ihrem Geldwert kaum beziffern lassen. Hierunter fallen etwa die gemeinsame Nutzung von Bibliotheken, Laboren und technischer Infrastruktur, die Lehre durch Mitarbeitende außeruniversitärer Einrichtungen oder auch die Ausrichtung von Tagungen und Workshops. Bei gemeinsamen Berufungen nach dem Berliner Modell handelt es sich um Kostenteilungen, nicht um umsatzsteuerpflichtige Personalgestellungen. Auch andere Forschungsk Kooperationen sollten nicht per se als steuerbare Leistungsaustausche betrachtet werden.

Das Land Berlin sollte sich weiter dafür einsetzen, gemeinsam mit den beteiligten Akteuren des Wissenschaftssystems und dem BMF eine adäquate Anwendung der umsatzsteuerlichen Regelungen zu entwickeln.²

5. Infrastruktur für exzellente Forschung fördern

Die Anschaffung, Nutzung, Instandhaltung und Verwaltung von Forschungsgeräten, Technologien und anderen Ressourcen wird an den jeweiligen Forschungsinstituten im gesetzlichen Rahmen unterschiedlich gehandhabt. Die politische und finanzielle **Unterstützung gemeinsam genutzter Forschungsinfrastrukturen** wäre ein Standortvorteil und würde verschiedenen Einrichtungen die Nutzung mehrerer, vielfältigerer und/oder höherwertigerer Technologien ermöglichen. Berlin ist zudem hervorragend aufgestellt, um benötigte Forschungsinfrastrukturen auch direkt vor Ort zu entwickeln. Durch Verknüpfung vorhandener Kompetenzen können somit auch lokal relevante Wertschöpfungsketten aufgebaut werden. Damit würde in diesen Bereichen auch ein Beitrag zur Entwicklung europäischer Technologiesouveränität geleistet.

Dieses Vorhaben könnte realisiert werden durch die **Einrichtung einer dezentralen Technologieplattform in Form eines Berliner Technologienetzwerks oder eines virtuellen Instituts**. So werden die Technologien nicht vom wissenschaftlichen Ort entkoppelt, stehen aber dennoch für alle Beteiligten zur Verfügung.

Sinnvoll wäre zudem die Förderung **gemeinsam nutzbarer digitaler und analoger Forschungsdateninfrastrukturen**, um den Weg in die digitale Zukunft zu bereiten und Existierendes besser und sicher zu erhalten. Schließlich stellen die immer größeren Datenmengen naturwissenschaftlicher, technischer und lebenswissenschaftlicher, aber auch sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung sowie die hohen Ansprüche an ein modernes digitales wie auch analoges Forschungsdatenmanagement und nicht zuletzt auch die Sicherung und Digitalisierung von

¹ Siehe hierzu: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/drohende-umsatzsteuer-bei-personalgestellung-rettet-die-gemeinsamen-berufungen/27270592.html>

² Siehe hierzu: https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/Allianz_USt_Gem_Berufungen_Kooperationen_160421.pdf?blob=publicationFile&v=3

historischen und anderen Sammlungen und der enthaltenen, oftmals fragilen Bestände hohe Anforderungen an die Ausstattung wissenschaftlicher Einrichtungen. Es bedarf einer politischen Entscheidung, ob gemeinsame Forschungsdateninfrastrukturen rein im Rahmen der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI), bei der einige Berliner Einrichtungen, teilweise auch federführend, an Konsortien beteiligt sind, bzw. in den Wissenschafts-Gemeinschaften (z.B. Helmholtz oder Leibniz) gedacht werden, oder ob eine Lösung auf Landesebene funktionaler ist, wie sie z.B. bereits in Baden-Württemberg Anwendung findet.

Gleichzeitig ist **entsprechend hochqualifiziertes Personal erforderlich**, das diese Strukturen technisch entwickelt, umsetzt und auch langfristig betreut. Die technische Entwicklung wäre exzellent in den entsprechenden Ressortforschungseinrichtungen verankert. Die Betreuung und Umsetzung muss letztlich in jeder Forschungseinrichtung individuell stattfinden. Nicht zuletzt die Anforderungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) an die rechtswirksame Umsetzung des Kodexes für gute wissenschaftliche Praxis schaffen hier Handlungsbedarfe, auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Daher ist es wichtig auf Landesebene und unabhängig vom Ausbau einer nationalen Forschungsdateninfrastruktur, die **Einrichtung von attraktiven Dauerstellen in diesem wichtigen wissenschaftsstützenden Bereich zu fördern**.

6. Angemessene räumliche Unterbringung der Forschung sichern

Berlin steht vor der Herausforderung, dass viele öffentliche Gebäude sanierungsbedürftig sind. Dies betrifft Universitäten sowie einige außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Gleichzeitig sind nicht alle vom Land oder gemeinsam von Bund und Land finanzierten Forschungseinrichtungen auch in landeseigenen Liegenschaften untergebracht. Angesichts der dynamischen Entwicklung der gewerblichen Mieten in Berlin stellt dies die betroffenen Einrichtungen vor nicht unerhebliche finanzielle und planerische Herausforderungen. Teilweise ist unklar, ob bzw. zu welchen Konditionen bestehende Mietverträge verlängert werden.

Die Politik muss in Gemeinschaft mit den betroffenen Instituten eine mittelfristig ausgerichtete Strategie entwickeln, wie mit diesen schwierigen Situationen umgegangen werden soll, um auch in Zukunft effiziente Arbeit sicherzustellen. Ein **Landesfonds zur Sanierung maroder Forschungsgebäude** erscheint als ein möglicher sinnvoller Baustein einer solchen Lösung. Im Falle gemieteter Räumlichkeiten muss der Senat eine den Forschungszielen **angemessene und planbare räumliche Unterbringung der Institute sicherstellen**, die nicht zu Lasten ihres Grundhaushaltes geht. Zudem sollte eine räumliche Ausweitung der Einrichtungen erleichtert werden. Hierzu sind Wege erforderlich, die es Einrichtungen erlaubt, ungenutzte Immobilien einfach und kostengünstig zu mieten und lange Antragsphasen sowie Kosten und Regularien für neue **Verfö-**
gungsbauten und -flächen zu reduzieren.

Vielfalt der Wissenschaft anerkennen und fördern

7. Ehrliche und realistische Kommunikation zu tierexperimenteller Forschung

In zahlreichen und vielfältigen Weisen haben sich wissenschaftliche Einrichtungen zur **Vermeidung, Verringerung oder Verbesserung (3R)** von Tierexperimenten verpflichtet. In Berlin wird

intensiv daran geforscht, in absehbarer Zeit Tierversuche auf ein Minimum zu reduzieren. Die Suche nach Alternativen ist an der Schnittstelle zwischen Gesundheitsforschung und technischer Entwicklung in verschiedenen Disziplinen der Ingenieur- und Lebenswissenschaft verankert. Berlin hat in den einzelnen Bereichen eine ungemeine Expertise, in einer Dichte, die kein anderer Forschungsstandort weltweit aufweist und kann so führend das Vorhaben der Tierversuchsreduktion voranbringen. Das neu gegründete Einstein-Zentrum 3R ist ein wichtiger Schritt in dieser Hinsicht.

Erklärtes Ziel ist die Vermeidung, Verringerung und Verbesserung (3R) von Tierexperimenten zu verstärken. Dazu beitragen soll die forcierte Weiterentwicklung von alternativen Methoden zum Tierversuch, die bereits Bestandteil der Forschung sind. **Dennoch ist zum jetzigen Zeitpunkt ein totaler Verzicht auf Tierversuche wissenschaftlich nicht möglich.** Die Aufrechterhaltung des wissenschaftlichen Erfolgs und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandorts Berlin setzt die Akzeptanz notwendiger Tierversuche einerseits sowie die Unterstützung von Vorhaben zur generellen Reduktion von Tierversuchszahlen in Berlin andererseits voraus. Die Zielsetzung sollte eine politische Unterstützung bei der Bündelung wissenschaftlicher Kompetenzen in Berlin sein, um sich als **Vorreiter in der Entwicklung von neuen alternativen Technologien zum Tierversuch** zu behaupten. Technologien, die parallel dazu die Forschung stärken, und Anreize bieten für neue Wirtschaftszweige. Dazu beitragen muss auch eine transparente und reflektierte öffentliche Kommunikation unter Beteiligung aller Stakeholder und eine Steigerung der Effizienz bei den Genehmigungsverfahren für Tierversuchsvorhaben, um Planungssicherheit für die Forschung sicherzustellen.

Auch in anderen Bereichen experimenteller Forschung stehen die Mitglieder der BR50 jederzeit für einen proaktiven, konstruktiven Dialog mit den regulatorisch tätigen Landesämtern bereit, deren Genehmigung für die Durchführung von Forschungsvorhaben notwendig ist.

8. Förderung für kleine und individuelle Vorhaben ausbauen

Viele aktuelle Forschungsförderungsformate auf EU- und Bundesebene setzen die Bildung von Konsortien sowie die Kofinanzierung der Vorhaben voraus. Die Wissenschaft – insbesondere in den **Sozial- und Geisteswissenschaften, aber auch in den IT-Bereichen** – baut jedoch nicht zuletzt auf gelebter Vielfalt, individueller Kreativität und Spezialisierung auf, die sich gerade auch in kleinen Forschungsvorhaben einzelner oder weniger Forschender entfalten. Gleichzeitig zeigen die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, dass gesellschaftspolitische Debatten von der Vielfalt wissenschaftlicher Perspektiven profitieren.

Jenseits der Sachbeihilfe-Förderung der DFG existieren jedoch für die Forschenden in diesem Bereich nur wenige Möglichkeiten Drittmittel einzuwerben. Dies erschwert eine eigenständige Profilbildung. Der Berliner Senat sollte daher dezidiert die **Ausschreibung von Fördermitteln für kleinere und individuelle Forschungsvorhaben** sowie von Verbundvorhaben an der Schnittstelle von Geistes-/Sozialwissenschaften sowie den Ingenieurwissenschaften forcieren.

Auf Bundesebene sollte sich der Senat zudem für eine **stärkere finanzielle Förderung von geisteswissenschaftlichen Verbundvorhaben** einsetzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass

die oftmals kleineren außeruniversitären Einrichtungen in diesem Feld strukturell nur einen geringen Eigenanteil beibringen können.

9. Metropolregion Berlin-Brandenburg als gesunder Lebensraum

Nicht zuletzt im Jahr 2020 wurde deutlich: Berlin ist eine Wissenschaftsmetropole. Dies zeigt sich nicht nur an der besonderen Bedeutung der Berliner Kliniken in der Pandemiebekämpfung, sondern auch an der Vielzahl an Disziplinen an den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die an der wissenschaftlichen Bearbeitung der derzeitigen Herausforderungen mitwirken.

Die Kombination von Material-, Gesundheits-, Sozial und Lebenswissenschaften ist einzigartig in Berlin. Ein auf dieser Vielfalt aufbauender interdisziplinäre Ansatz wird benötigt, um gesellschaftlichen Herausforderungen, wie z.B. der Pandemiebekämpfung oder menschengemachter Umweltveränderungen begegnen zu können. Berlin und Brandenburg können sich gemeinsam zur Vorbildregion entwickeln und zeigen, dass ein gesunder Lebensraum, in dem Biodiversität und Klimaschutz von Bedeutung sind, möglich und erstrebenswert ist. Dies könnte durch interdisziplinäre Projekte erreicht werden, wie z.B. die Begleitung gestalterischer Vorhaben durch wissenschaftliche Beobachtung (monitoring) mit den folgenden Fragestellungen: Wie verändert ein innerstädtischer Parkumbau die Funktionsweisen des Ökosystems und die Qualität von Luft und Biodiversität? Fühlen sich Bürger*innen wohler? Wie sieht das Mobilitätssystem der Zukunft aus? Wie kann nachhaltiges Wassermanagement in einer Metropolregion gestaltet werden?

Unterstützung und Vernetzungsgelder für interdisziplinäre Forschung, die sich gezielt der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen widmet, würden einen spürbaren Effekt erwirken und ein Zeichen setzen. Projektvorhaben könnten sich an den UN Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) orientieren oder in Anlehnung an die [New European Bauhaus Initiative](#) entwickelt werden.

10. Venture Capital für eine Berliner Start-up Szene

Dass Spitzenforschung innovations- und wirtschaftstreibend ist, zeigt sich in zahlreichen Ausgründungen. Deutschlands Gründungshauptstadt Berlin zieht kreative Unternehmer*innen an, die Gründungsdynamik floriert – doch die zündenden Ideen werden zu oft von langwierigen bürokratischen Hürden ausgebremst und Risikokapital im internationalen Vergleich zu selten bewilligt.

Es ist im Interesse der Berliner Politik, dass Ausgründungen aus der Wissenschaftsszene in der Hauptstadt verbleiben und nicht ins Ausland verlagert werden. Um Berlin als attraktiven Start-up Standort für wissenschaftliche Ausgründungen zu fördern, sind unterstützende Programme (z.B. Fördergelder, Preisverleihungen, *Incentives*), ein konstruktives regulatorisches Umfeld und eine Entbürokratisierung der Ausgründungsprozesse erforderlich.

Kontakt

Im Auftrag der BR50- Mitgliedseinrichtungen:

Prof. Dr. Thomas Sommer

Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger, Ph.D.

Prof. Dr. Ulrich Panne

Prof. Dr. Michael Hintermüller

coordinators@br50.org | www.br50.org